



Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Bärbel Bas
11011 Berlin

Ulrike Flach

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18441-1070

FAX +49 (0)30 18441-1074

E-MAIL ulrike.flach@bmg.bund.de

Berlin, 20. März 2013

Schriftliche Frage im März 2013
Arbeitsnummer 3/122

Sehr geehrte Frau Kollegin,

liebe Frau Bas!

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 3/122:

Warum beabsichtigt die Bundesregierung neben der Senkung der Säumniszuschläge für freiwillig Versicherte und bisher nicht Versicherte (wie berichtet am 5. März 2013 in der Rheinischen Post) in der Zukunft nicht ebenfalls eine begrenzte Rückwirkung der Beitragspflicht für Nichtversicherte, um diesen eine realistische Perspektive zur Rückzahlung ihrer Schulden zu ermöglichen, und welche Lösung für die vorhandenen Altfälle mit hohen Beitragsschulden plant die Bundesregierung?

Antwort:

Nach § 186 Absatz 11 Satz 4 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) kann die Krankenkasse, wenn der Versicherte aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, das Vorliegen der Voraussetzungen der Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nummer 13 SGB V nicht rechtzeitig angezeigt hat, in ihrer Satzung vorsehen, dass der für die Zeit seit dem Eintritt der Versicherungspflicht nachzuzahlende Beitrag angemessen ermäßigt, gestundet oder von seiner Erhebung abgesehen werden kann.

Die Krankenkassen verfügen somit nach Ansicht der Bundesregierung grundsätzlich über ein Instrument, um angemessen auf rückwirkend festgestellte Beitragsschulden zu reagieren. Die Bundesregierung prüft allerdings, ob diese Regelung tatsächlich ausreichend ist, um eine Überforderung der Versicherten zu verhindern. In diesem Rahmen werden auch mögliche Lösungsansätze für eine Reduzierung der Beitragsschulden der so genannten Altfälle geprüft.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Säumniszuschläge, Beitragsschulden und Unversicherte in der Gesetzlichen Krankenversicherung“ vom 8. Februar 2013 (Bundestagsdrucksache 17/12317) verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Günter Beck', is written below the text 'Mit freundlichen Grüßen'.